



Aktenzeichen: CDU

Datum: 24.11.2020

Hinweis:

Beratungsfolge: Haupt- und Finanzausschuss

Lüftungsgeräte in Schulen

hier: Anfrage mit Resolutionsantrag der CDU-Stadtratsfraktion

1. Anfrage

Gibt es in der Zwischenzeit eine Richtlinie des Landes ob und in welchen Räumen und ggf. welche Art Lüftungsgeräte in solchen Räumen notwendig sind, um das Corona-Ansteckungsrisiko zu minimieren und sicher Unterricht halten zu können?

Falls nein möge der Ausschuss folgende Resolution beschließen:

2. Resolution

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz wird aufgefordert, umgehend eine Richtlinie mit Vorgaben, in welche Räume Lüftungsgeräte aus medizinischer Sicht installiert werden müssen und welche Lüftungsgeräte hierfür Anwendung finden, zu erlassen.

Weiterhin wird die Landesregierung aufgefordert die hierfür benötigten Finanzmittel als Corona-bedingte Sonderkosten den Kommunen zur Verfügung zu stellen.

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	<input type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Mit	<input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
					Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> siehe Rückseite:		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		

Begründung

Derzeit soll die Sauberkeit der Luft in den Klassenräumen unsere Schulen durch Stoßlüften sichergestellt werden. Ob dies ausreicht und im Hinblick auf die winterlichen Temperaturen angemessen ist, kann durchaus in Frage gestellt werden.

Es gibt allerdings auch Räume, in denen das überhaupt nicht möglich ist. Gleichzeitig soll aber möglichst viel Abstand eingehalten werden. Hierfür werden alle Schulräume benötigt

Ob und unter welchen Umständen alle Räume angemessen genutzt werden können, kann weder von der Schulleitung noch von der Verwaltung beurteilt werden. Hier wird eine einheitliche Vorgabe des Landes dringend benötigt.

Weiterhin sind viele Städte derzeit nicht in der Lage weitere finanzielle Belastungen zu stemmen. Insbesondere nicht kurzfristig und ohne nachgewiesene Notwendigkeit.

Das Land muss deshalb schnellstmöglich eine Richtlinie vorlegen und finanzielle Unterstützung bereitstellen, wie dies beispielsweise in Bayern bereits im Oktober geschehen ist.

Es ist wichtig hier schnell und unbürokratisch zu handeln, um ggf. vorzunehmende bauliche Veränderungen bzw. Installationen in den Schulen spätestens in den Winterferien vorzunehmen.

Wir möchten solange und soweit es möglich ist, den Präsenzunterricht aufrechterhalten und gleichzeitig Schüler, Lehrer und im Endeffekt auch sämtliche Kontaktpersonen bestmöglichst schützen.

Gabriele Bindert
Vorsitzende

